

Presseinformation

Nr. 10/ 2026 – 29.06.2026

Neue IAB-Studie:

Ausbildung und Qualifizierung bleiben Schlüssel für Beschäftigungswachstum in Baden-Württemberg

- **Neue IAB-Studie: In Zeiten von demographischem Wandel und Transformation braucht Baden-Württemberg neue Wachstumsimpulse für die Beschäftigung.**
- **Schafft das Land günstige Rahmenbedingungen für Wachstumsbranchen und Ausbildungsabschlüsse, nimmt die Beschäftigung zu.**
- **Bleibt das Land als innovativer Standort und für junge Menschen attraktiv, dann profitiert Baden-Württemberg von zusätzlichen Beschäftigungsimpulsen.**

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Baden-Württemberg ist zwischen 2000 und 2023 um 24,5 Prozent gestiegen und damit stärker als im Bundesdurchschnitt (plus 20,9 Prozent). Bemerkenswert ist, dass alle 44 Stadt- und Landkreise im Land ein Beschäftigungsplus verzeichnen konnten. Die Entwicklung reicht von einem Anstieg um 4,6 Prozent im Landkreis Heidenheim bis zu 54,1 Prozent im Landkreis Heilbronn. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die die langfristige Beschäftigungsentwicklung und ihre Einflussfaktoren untersucht.

IAB: Arbeitsmarkt braucht neue Wachstumsimpulse

Auch wenn das IAB die Jahre 2000 bis 2023 untersuchte, sind die Studienergebnisse der regionalen Faktoren der Beschäftigungsentwicklung mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt im Land hochaktuell. Die Studie bietet Hinweise auf Handlungsansätze, wie Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Zeiten von demographischem Wandel und Transformation gestärkt werden können.

Die Autorinnen und Autoren der Studie – Christian Faißt, Silke Hamann, Daniel Jahn und Dr. Rüdiger Wapler vom IAB – fassen die Studienergebnisse wie folgt zusammen: „Es gilt aus Forschungs- und Innovationstärke der Betriebe neue Wachstumsimpulse für die Beschäftigung in Baden-Württemberg zu generieren. Dafür braucht es unter anderem ausreichend und gut qualifizierte Arbeitskräfte, damit die mit dem Strukturwandel verbundenen Chancen auch genutzt werden können.“

Negative Wirkung auf die Beschäftigungsentwicklung:

- Die **Branchenstruktur** in Baden-Württemberg ist stark industriell geprägt – also von einem Wirtschaftszweig, der seit 2024 Stellen abbaut. So sank zuletzt der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Baden-Württemberg von 27,8 Prozent (Juni 2024) auf 27,1 Prozent (Juni 2025) – das entspricht einem Minus von 35.000 Beschäftigten. Der Anteil des Gesundheits- und Sozialwesens, einer Wachstumsbranche, hat zwar von 12,7 Prozent (Juni 2000) auf 13,4 Prozent (Juni 2025) zugelegt – das entspricht einem Plus von 62.000 Beschäftigten. Allerdings liegt der Beschäftigtenanteil weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt (Juni 2025: 15,6 Prozent). Investitionen in Digitalisierung und Infrastruktur sowie die Förderung von Gründungen – sprich: Investitionen in die Voraussetzungen für einen guten Branchenmix mit Wachstumsfeldern – können helfen, Impulse für den Arbeitsmarkt zu geben.
- Betrachtet man die **Qualifikationsstruktur** der Beschäftigten, dann hat Baden-Württemberg im Vergleich zum Bund einen immer noch etwas überdurchschnittlichen Anteil von Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Zudem hat der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss im Land zuletzt zugenommen und liegt über dem westdeutschen Schnitt. Investitionen in (Schul-) Ausbildung und Qualifizierung sind erforderlich, um zusätzliches Beschäftigungswachstum zu generieren.

Positive Wirkung auf das Beschäftigungswachstum:

- Baden-Württemberg profitiert von einem **Standorteffekt**, der deutlich positive Auswirkungen auf das Beschäftigungswachstum hat, darunter die bundesweit höchste Forschungsintensität, die höchste Patentdichte sowie zahlreiche Hidden Champions. Auch eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur (zum Beispiel Gesundheitsversorgung, soziale Dienste, Kultur- und Freizeitangebote) kann zu einem positiven Standorteffekt beitragen. Die bereits vorhandenen positiven Standortbedingungen gilt es deshalb auch in Zukunft zu stärken und möglichst noch auszubauen.
- Der Südwesten verfügt im Vergleich zum Bundesdurchschnitt über eine günstigere **Altersstruktur**, darunter einen überdurchschnittlichen Anteil jüngerer Beschäftigter. Der Anteil der Beschäftigten unter 30 Jahren liegt im Land bei 17,5 Prozent – das ist bundesweit der zweithöchste Wert. Wenn es gelingt, den Übergang von der Schule in den Beruf erfolgreicher zu gestalten, die Ausbildungsintensität im Land zu erhöhen sowie mehr junge Fachkräfte auch aus dem Ausland zu gewinnen, dann wird die junge Altersstruktur im Land auch in Zukunft positive Beschäftigungseffekte generieren.

Oliver Hildenbrand, Minister für Soziales, Arbeit und Gesundheit, erklärt:

„Die konjunkturelle Schwäche bremst den Arbeitsmarkt spürbar aus. Gleichzeitig erleben wir einen tiefgreifenden Strukturwandel, der Beschäftigung verändert und neue Anforderungen an Beschäftigte und Unternehmen stellt. Gerade jetzt sind gute Schulbildung, Ausbildung und Qualifizierung entscheidend, damit wir den Wandel gemeinsam und zukunftsgerichtet gestalten – mit dem Können und Wissen der Menschen in unserem Land.“

Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Ministerin für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus,

kommentiert: „Die Studie belegt: Unsere baden-württembergischen Unternehmen profitieren nach wie vor von einem positiven Standorteffect. Genau daran müssen wir arbeiten, dass dies auch in Zukunft unter den Bedingungen eines verschärften und nicht immer fairen internationalen Wettbewerbs so bleibt. Die Konkurrenz wird immer härter – das heißt, wir müssen besser werden in den Standortbedingungen, attraktiver für Investitionen und lernen, unsere nach wie vor großen Stärken in Wissenschaft und Forschung noch schneller und gezielter in marktfähige Produkte umzusetzen. Die Investitionen und Innovationen von heute sichern die Beschäftigungschancen von morgen.“

Martina Musati, Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit, ergänzt:

„In Baden-Württemberg werden rund 1,2 Millionen oder 25 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den nächsten 10 Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Die Jahrgänge, die in den Arbeitsmarkt eintreten, sind durchschnittlich um knapp 40 Prozent kleiner als die, die ausscheiden. Deshalb ist es so entscheidend in die Grundkompetenzen von jungen Menschen, in Ausbildung und Qualifizierung zu investieren. Fachkräftemangel und Jugendliche ohne Schul- und Ausbildungsabschluss können wir uns nicht leisten.“

Die vollständige IAB-Studie finden Sie [hier](#). Für inhaltliche Fragen zur Studie erreichen Sie die Autorinnen und Autoren des IAB unter IAB-Baden-Wuerttemberg@iab.de.